Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 Amt. Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰. Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 263. | Montag den 10. November 1930. | 88. Jahrgang.

Deutschland.

Bauernbund und Neckarkanal.

Stuttgart, 7. Nov. Vom Südwestdeutschen Kanalverein wird uns geschrieben: Die „Schwäbische Tageszeitung" brachte in den letzten Tagen einen Artikel gegen den Neckarkanal und die zur Linderung der Arbeitsnot geplanten Durchsticharbeiten im Heilbronner Gebiet mit Angaben, die — da in wesentlichen Teilen unrichtig — nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Es werden im Heilbronner Bezirk nicht nur „im besten Falle 500 Arbeitslose" beschäftigt, sondern infolgen wesentlich mehr, als durch die Bauarbeiten Materialbeschaffungen notwendig sind, die wiederum eine große Zahl von Arbeitern beschäftigen, wie z. B. der Zementbedarf in Höhe von über 5000 Tonnen, dessen Erzeugung das Zementwerk in Lauffen mit 150 Arbeitern allein ein Vierteljahr lang in Anspruch nehmen wird. Dazu treten Steinlieferungen aus den Steinbrüchen der weiteren Umgebung von Heilbronn, abgesehen von der Belebung des Kleingewerbes der Bäcker, Metzger, Schreiner, Schlosser usw. Es ist unrichtig, daß vom Reich für die Heilbronner Arbeiten nur ein Zuschuß von 750 000 RM. zu erwarten ist. Richtig ist dagegen, daß von den 8 Millionen insgesamt betragenden Kosten die genannte Summe als verlorener Zuschuß vom Reich gegeben wird. Die verbleibenden 7,25 Millionen werden zu ⅔ vom Reich getragen, während Württemberg nur ⅓ zu übernehmen hat. Die Aufbringung der 7,25 Millionen geschieht in der Weise, daß 3 Millionen von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten gegeben werden, 2 Millionen durch das Land Württemberg aufzubringen sind und die restlichen 2,25 Millionen durch die Neckar-A.G. auf dem Anleihewege und zwar zu Lasten des Reiches beschafft werden. Diese Schulden belasten aber keineswegs das Land Württemberg, sondern lediglich die Neckar-A.G. Es ist nicht richtig, daß auf dem Neckarkanal fast kein Verkehr stattfinden werde. Nach den neuesten Untersuchungen, die von der Neckarbaudirektion gemeinsam mit der Reichsbahn (gewiß „unparteiische Verkehrssachleute") vorgenommen worden sind, wird der Anfangsverkehr in Heilbronn 2—2,5 Mill. Tonnen betragen, die nach Fertigstellung des Kanals bis Plochingen im Anfangsverkehr auf ca. 3,6 Millionen Tonnen ansteigen werden. Darunter befindet sich auch im Talverkehr „das bißchen Salz" in Höhe von 250 000 Tonnen, sowie im Gesamtverkehr fast 200 000 Tonnen Stamm- und Schnittholz, das für den Wassertransport besonders geeignet ist. Alle diese Berechnungen sind nicht irgendwie aus der Luft gegriffen, sondern früher schon von anerkannten und unparteiischen Verkehrssachleuten wie Staatssekretär Dr. Peters und Dr. Teubert vom Statistischen Reichsamt in vorsichtigster Weise errechnet worden. Nicht richtig ist es, daß der Neckarkanal keinen volkswirtschaftlichen Wert habe. Im Gegenteil: Gerade der Wettbewerb zwischen Eisenbahn und Binnenschiffahrt sichert die württembergische Wirtschaft vor übermäßigen Tarifforderungen. Die Bedeutung einer billigen Wasserfracht erhellt am besten die jüngst gefallene Bemerkung des Generaldirektors vom Heilbronner Salzwerk, daß dieses seinen Betrieb einstellen müsse, wenn nicht bald der Neckarkanal bis Heilbronn fertiggestellt würde. Ganz unverständlich ist der Satz: „Hiezu kommt die sich immer mehr steigernde Erzeugung der weißen Kohle, direkt an den Kohlengruben". Mit weißer Kohle bezeichnet man bekanntlich gerade die Wasserkräfte, die, wie z. B. am Neckarkanal, in Wasserkraftwerken — also niemals direkt an den Kohlengruben selbst — in elektrischen Strom umgewandelt werden. Daß dieser Strom den sonstigen Kohlenbedarf des Landes keineswegs ersetzt, ist durch die Tatsachen längst erwiesen. So ist allein der Kohlenbedarf des Stuttgarter Gas- und Elektrizitätswerkes von 133 000 Tonnen im Jahre 1913 auf 236 000 Tonnen im Jahre 1928 gestiegen und wird nach Berechnung der zuständigen Stellen im Jahre 1940 rund 400 000 Tonnen betragen. Eine ähnlich aufsteigende Kurve zeigt der Kohlenempfang für das ganze Land Württemberg. In dem Artikel wird besonders gewarnt vor Schuldaufnahmen für Zwecke, die nicht einen Ertrag bringen. Gerade der Neckarkanal bringt ganz im Gegensatz zu den norddeutschen Kanälen Erträge und zwar aus den am Neckarkanal gewonnenen und in „Weiße Kohle" d. h. elektrischen Strom umgesetzten Wasserkräften. Dieser Ertrag ist so hoch, daß die aufgenommenen Schulden für den Ausbau der Kraftwerke heute schon nicht nur verzinst, sondern auch getilgt werden können und darüber hinaus auch noch die Tilgung der Kosten für die Herstellung der Wasserstraße möglich ist. Es sind also nicht nur „Millionen, die im Neckar verschwinden", sondern auch Millionen, die über den Neckarkanal wieder in das Land fließen und die gesamte Volkswirtschaft des Landes befruchten und in ihrer Leistungsfähigkeit steigern.

Die Schuld der französischen Grubenverwaltung am Unglück auf der Maybachgrube.

Der Deutsche Bergarbeiterverband erhebt in einer offiziellen Verlautbarung über die Ursachen des Unglücks auf der Maybach-Grube in Saarbrücken schwerste Vorwürfe gegen die französische Grubenverwaltung, die jetzt versuche, durch Fälschungen, wie durch ein Gerücht über den Fund einer Benzinlampe, die das Unglück hervorgerufen haben soll, die Oeffentlichkeit über die wahre Ursache der Katastrophe zu täuschen. In der Verlautbarung heißt es u. a.: Man gewinnt allgemein den Eindruck, als wollte man von einem Zustande ablenken, der geradezu ein Attentat auf die Sicherheit im Bergbaubetrieb ist. Dieser Zustand befand sich im nördlichen Querschlag kurz vor der Abzweigung zu dem Unglücksrevier. Dort standen die Schlagwetter so dicht, daß die Benzinlampen der Leute, die dort durchgehen mußten, erloschen. Die Gefahr erkennend, hatte die französische Grubenverwaltung dort einen ständigen Posten hingestellt. In den letzten Tagen vor dem Unglück wurde sogar das Passieren dieser Stelle den Bergleuten verboten. Diese Tatsache läßt eigenartige Schlußfolgerungen zu auf die Handhabung der Grubensicherheit. Dieser Zustand war nicht nur ein Verstoß gegen die Bergbaupolizeiverordnung, sondern direkt ein Verstoß gegen jegliche Vernunft.

2 253 000 Arbeitslose.

Berlin, 8. Nov. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 16. bis 31. Oktober 1930 hat die zweite Hälfte des Monats Oktober in annähernd ähnlichem Ausmaße wie im Vorjahre die Arbeitslosenversicherung mit einem Zustrom neuer Hauptunterstützungsempfänger belastet. Der Zugang um rund 70 000 (im Vorjahr 106 000), zu dem noch ein Mehr von rund 22 000 (im Vorjahr 7000) Krisenunterstützten hinzukommt, brachte die Gesamtzahl der Unterstützten in beiden Einrichtungen auf zusammen rund 2 072 000, wovon rund 1 561 000 auf die Arbeitslosenversicherung, 511 000 auf die Krisenunterstützung entfallen. Die Ueberlagerung gegenüber dem Vorjahr ist ungefähr dieselbe geblieben. Aehnlich sind auch die Meldungen von Arbeitsuchenden bei den Arbeitsämtern gestiegen. Sie beliefen sich am 31. Oktober, dem letzten Stichtage, auf rund 3 323 000. Setzt man von dieser Zahl diejenigen ab, die noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung oder in Notstandsarbeit beschäftigt sind, so verbleiben etwa 3 253 000 oder rund 138 000 mehr als am vorigen Stichtage, die als arbeitslos angesehen werden müssen. Wie im letzten Bericht, so ist auch diesmal ein Teil der Zunahme der Arbeitslosenziffer auf die fortschreitend bessere Erfassung der Wohlfahrtserwerbslosen zurückzuführen. Das Absinken des Beschäftigungsgrades, das im ganzen der Bewegung des Vorjahres, freilich bei viel höherem Ausgangspunkt, entspricht, ist zu einem erheblichen Teil auf den der Jahreszeit entsprechenden Rückgang der Arbeit in den Saison-Außenberufen zurückzuführen. Doch sind auch die meisten übrigen Berufsgruppen daran beteiligt. Die rückläufige Bewegung hat alle Landesamtsbezirke ergriffen. Die Mehrbelastung der Unterstützungseinrichtungen ist verhältnismäßig am stärksten in Ostpreußen und Pommern, u. a. sehr erheblich in den Bezirken Brandenburg und Bayern.

Der polnische Terror gegen die Deutschen im Wahlkampf.

Breslau, 9. Nov. Eine reichliche Woche vor den Sejmwahlen hat sich der Wahlterror in Polnisch-Oberschlesien von neuem verschärft. Innenminister Sladwowski hat das Protesttelegramm der deutschen Wahlgemeinschaft, die ihn um Schutz gegen die nationalistischen Ausschreitungen der Regierungsanhänger und um Garantierung der Freiheit der Wahl gebeten hat, bis jetzt unbeantwortet gelassen. Man denkt in Kattowitz daran, wenn Warschau weiter schweigt, in Genf vorstellig zu werden. Allerdings werden die zum Schutze der Minderheitenrechte aufgerufenen internationalen Instanzen kaum noch bis zu den am 16. und 23. November stattfindenden Wahlen einen grundlegenden Umschwung in den Methoden der Opposition herbeiführen können. Neuerdings leben die aus der Aufstandszeit her noch bekannten Drohbriefe gegen deutsche Bürger wieder auf. Alteingesessene Oberschlesier erhalten die anonyme Aufforderung, das Wojwodschaftsgebiet sofort zu verlassen, widrigenfalls man sie mit Gewalt über die Grenze befördern würde. Man bedient sich neuerdings auch der Methoden, wie sie auf der Tradition des dreißigjährigen Krieges fußend, im Kampf gegen die Farbigen in Amerika in vergangenen Zeiten zum Teil angewandt wurden. In Siemianowitz überfiel eine Horde von Aufständischen eine Anzahl deutscher Bürger, die von einer Veranstaltung jenseits der Grenze in Beuthen zurückkehrten und überschmierten sie mit Teer. In einer Wahlinstruktion des Blocks der „moralischen Sanierung" wird ausdrücklich festgelegt, daß sämtliche deutschen Flugblätter und Stimmzettel, wie man ihrer habhaft werden kann, gewaltsam zu vernichten seien. In Zalenze erklärten die „moralischen" Sanatoren in einer Wahlkommissionssitzung, daß man durch die Aufständischen eine genaue Kontrolle der Stimmabgaben durchführen würde. Die Wahlkommissionsmitglieder selbst haben beschlossen, am Wahltag in der Aufständischen-Uniform zu ihrem „unparteiischen" Amt zu erscheinen.

Ausland.

Eine Wahlrede des polnischen Handelsministers.

Warschau, 8. Nov. Handelsminister Kwiatkowski hielt eine Wahlrede, in der er erklärte, Pomerellen stellt das Symbol der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit Polens dar, während der größte Schatz Polens Ostoberschlesien sei. Wer Polen Schlesien und Pomerellen wegnehmen wolle, der wünsche, den polnischen Staat politisch zu vernichten und sein Volk wirtschaftlich zugrunde zu richten. Der Minister betonte sodann, daß man die politischen Rechte Polens auf seine Seeküste den Polen nicht mehr vorzuhalten brauche. Polen müsse wenigstens zwei miteinander konkurrierende Handelshäfen besitzen. Danzig und Gdingen seien gleich notwendig für die polnische Wirtschaft. Kwiatkowski hob zum Schluß seiner Rede hervor, daß Polen seine teuer erkaufte Freiheit mit ganzer Kraft verteidigen werde. Diese Freiheit wurzele aber vor allem in Pomerellen und Polnisch-Oberschlesien.

Graf Bernstorff gegen den Abrüstungsschwindel.

Genf, 8. Nov. Der vorbereitende Abrüstungsausschuß begann am Freitag die Beratung des Konventionsentwurfs für eine allgemeine Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen. Zunächst wurde auf Antrag Lord Cecils beschlossen, den Artikel des Entwurfs über die Festsetzung der Effektivstärke der Industriekräfte durch Vorschläge hinsichtlich der Seestreitkräfte zu ergänzen. In der Aussprache sprachen u. a. wiederholt die Vertreter Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, Japans, Italiens und Rußlands. Es zeigte sich gleich, daß die alten Gegensätze weiter bestehen, trotz der Ergebnisse der Londoner Flottenkonferenz. Die Vertreter Frankreichs und Italiens hielten ihre früheren Vorbehalte aufrecht, daß nämlich die Beschränkung der Effektivstärke zur See nach den gleichen Bedingungen vorgenommen werden müßten, wie sie in dem Konventionsentwurf für die Landstreitkräfte vorgeschlagen werden. Schließlich wurde beschlossen, die Aussprache hierüber vorläufig auszusetzen, um den besonders interessierten Mächten Gelegenheit zu geben, am Nachmittag unter sich noch einmal diese Frage zu besprechen. Die Besprechungen führten noch zu keinem Ergebnis, da verschiedene Delegierte erklärten, Instruktionen ihrer Regierungen einholen zu müssen, und werden in den nächsten Tagen fortgesetzt. Graf Bernstorff lenkte im Verlauf der gestrigen Aussprache die Aufmerksamkeit des Ausschusses auf einen noch von früher her vorliegenden deutschen Antrag, wonach das jährliche Truppenkontingent und die Gesamtdauer der Dienstzeit nicht die von jedem Staat angenommene Grenze überschreiten dürfe. Der Antrag verlangt weiter, daß die Dauer der aktiven Dienstzeit besonders angegeben werden muß. Graf Bernstorff betonte in einer kurzen Erklärung, daß der Ausschuß jetzt noch einmal Gelegenheit habe, die ausgebildeten Reserven in den Konventionsentwurf aufzunehmen und so zu beweisen, daß man zu einer wirklichen Abrüstung kommen wolle. Der Ausschuß beschloß, am Samstag zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Der deutsche Antrag wurde heute nach einer ausgedehnten Aussprache, an der sich namentlich die Vertreter der großen Militärmächte beteiligten, von einer großen Mehrheit abgelehnt. Am Schluß der Aussprache, in der sich die bisherige völlig negative Einstellung der Mehrheit des Ausschusses zu den wesentlichsten Punkten der Abrüstung nicht geändert hat, gab Graf Bernstorff eine kurze, aber sehr scharfe Erklärung ab, in der er u. a. folgendes sagte: „Wenn eine Abrüstungskonvention die ausgebildeten Reserven ausläßt, angesichts der Tatsache, daß heute in einer Reihe europäischer Staaten der Mensch von der Wiege bis zum Grabe so behandelt wird, daß er nur noch Soldat ist, dann ist eine solche Konvention nicht die Tinte wert, die für ihre Unterschrift verwendet wird."

Kreß von Kressenstein in London.

London, 8. Nov. General der Artillerie a. D. Freiherr Kreß von Kressenstein war gestern abend der Ehrengast der 53. welschen Division, gegen die er während des Krieges in Palästina eine türkische Armee geführt hatte. Seit der Einladung an den General von Lettow-Vorbeck im vorigen Jahr, die damals auf erhebliche Opposition stieß, hat keine deutsch-englische Vereinigung von Offizieren mehr stattgefunden. Auch diesmal ist die Feier selbst zwar mit großer Begeisterung verlaufen, aber gleichzeitig äußern sich zahlreiche Unzufriedene, beispielsweise soll Lord Allenby, der englische Oberkommandierende der palästinensischen Armee während des Krieges, die Einladung an den deutschen General durchaus mißbilligt haben.

Knappe republikanische Mehrheit im amerikanischen Repräsentantenhaus.

Newyork, 9. Nov. Die Wiederwahl des republikanischen Unterhausmitglieds Yates (Illinois) erscheint aufgrund der nunmehr vorliegenden Nachrichten als gesichert, sodaß entgegen den von manchen Stellen erfolgten voreiligen Ausdeutungen im Sinne eines Sieges der Demokraten die Republikaner im Repräsentantenhause mit 218 Sitzen über eine knappe Mehrheit verfügen. Dies gilt natürlich vorbehaltlich der Aenderungen, die in den Wahlbezirken, deren Ergebnisse angefochten werden, aufgrund der offiziellen Nachzählung eintreten können. Im Staate Kentucky sind insgesamt 6 Demokraten für das Unterhaus und 2 Demokraten für den Senat gewählt worden. Dies ist der größte Sieg, den die Demokraten in Kentucky seit einem Vierteljahrhundert errungen haben.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 10. Nov. Die Gesellschaft „Waldenburg" veranstaltete Samstag abend im Gasthof zum „Bären" einen Unterhaltungsabend, der sich eines zahlreichen Besuches erfreute. Aus dem mit Sorgfalt zusammengestellten Programm seien genannt Musikvorträge, ausgeführt von einem Teil des Pforzheimer Symphonie-Orchesters, Klaviersolo von Fräulein Dora Staub-Neuenbürg, „Der Herr Stadtschreiber", heiterer Schwank in einem Akt, humoristische Vorträge und anschließend Tanz. Der kleine Tonkörper trug mit Werken von Blon, Flotow, Translateur, Blankenburg und anderen Komponisten wesentlich dazu bei, die Besucher in Stimmung zu versetzen, sodaß die Solistin, Frl. Staub, mit ihrem Klaviervortrag „Toccata" von Philipp den Boden vorbereitet fand und nach Beendigung ihres faszinierenden Spieles reichen Beifall ernten durfte. Die junge Künstlerin hat durch ihr erstes Auftreten alle Zuhörer angenehm überrascht. „Der Herr Stadtschreiber" war eine Klasse für sich. Eine Ueberraschung bot Frl. Margarethe Lustnauer-Hösen mit einem überaus lebensfrisch vorgetragenen Duett „Lebensanfang — Lebensende" mit Herrn Seubert als Partner. Diese Darbietung, mit Frl. Gertrud Lustnauer am Klavier, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Den würdigen Abschluß des in allen Teilen gelungenen Abends bildete ein kurzes Tänzchen, dem fleißig gehuldigt wurde.

Neuenbürg, 10. Nov. (Der Martinstag.) Der Martinstag, der 11. November, bringt das Gedenkfest zu Ehren des Heiligen Martin und wird von der katholischen Kirche festlich begangen. Nach der Legende war der hl. Martin ein gar frommer Ritter, dessen Sinn mehr auf Mildtätigkeit und Barmherzigkeit, denn auf Streit und Krieg gerichtet war. Eines Tages ritt St. Martin über Land, als er an einem Wege

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

einen armen Bettler liegen sah, den bei der großen Kälte bitterlich fror. Martin schnitt, wie die Legende weiter berichtet, mit seinem Schwert einen Teil seines Soldatenmantels ab und bedeckte damit den Frierenden. In der folgenden Nacht erschien ihm Christus im Traume, bekleidet mit dem dem Bettler geschenkten Mantelstück und sagte: „Martinus hat mich mit diesem Kleide bedeckt!" Bald nach diesem Ereignis wandte sich Martin dem geistlichen Berufe zu und errichtete ein Kloster in Frankreich. Die hervorragenden Eigenschaften des Heiligen haben ihn schon recht früh zu einer volkstümlichen Gestalt weit und breit gemacht. Es ist eine alte, durch vielerlei Einzelbräuche ausgezeichnete Sitte, den Martinstag mit einem festlichen Schmaus zu begehen, bei dem der Ganjebraten nicht fehlen darf. Die heutigen Notzeiten bringen aber auch hier für weite Kreise zwangsläufige Einschränkungen. Nach überlieferten Bauernregeln ist der Martinstag für das Wetter von großer Bedeutung, denn da heißt es: „Wenn die Gänse zu Martini auf dem Eise stehen, müssen sie auf Weihnachten im Kote gehen." — „An Martini Sonnenschein, tritt ein kalter Winter ein." — „Martinstag trüb, macht den Winter lind und müd."

(Wetterbericht.) Der Einfluß des von Spanien vorgedrungenen Hochdrucks hat sich noch verstärkt und das Barometer zu erheblichem Steigen gebracht. Da sich indessen von Skandinavien eine Depression zeigt, deren Niederschlagswirkung bis nach Norddeutschland reicht, ist für Dienstag und Mittwoch noch kein beständiges Wetter zu erwarten.

Unterer Schwarzwald-Nagold-Turngau. Nachdem die turnerische Arbeit auf den Turnplätzen so ziemlich abgeschlossen ist, gilt es nun, den Turnbetrieb auf die nahende Winterzeit umzustellen. Leider haben noch sehr viele Turnvereine noch nicht die Möglichkeit, in Turnhallen oder eigenen Turnräumen den Turnbetrieb den Winter über aufrecht zu erhalten und sind meistens auf Wirtschaftssäle usw. angewiesen. Da ist es nun erforderlich, daß für diesen Uebergang auch ein hiezu geeigneter Uebungsstoff vorhanden ist. Dieserhalb fand am vergangenen Sonntag vormittag in der Turnhalle in Engelsbrand eine Versammlung der Schüler- und Jugendturnwarte des unteren Bezirks unter Leitung von Gaujugendturnwart Gehring-Calw statt. In vierstündiger Arbeit behandelte letzterer in rascher Folge Geh- und Laufübungen, Körperschule, Bodenturnen, Spiele (Reck- und Unterhaltungsspiele), Ballspiele und abschließend verschiedene Uebungen an den Geräten. Es war erfreulich, mit welchem Eifer die Turnwarte bei der Sache waren und wie sie sich an an den wirklich spaßigen Uebungsarten ergötzten. Was für eine freudige Aufnahme mögen dieselben dann bei der Jugend finden, wenn sie in die Vereine hineingetragen werden? Frohsinn, Tugendhaftigkeit, gepaart mit Gemeinschaftssinn soll der Leitstern für unsere Jugend sein und dazu sind diese Uebungen wie geschaffen. Leider waren verschiedene Vereine gar nicht vertreten, was lebhaft zu bedauern ist. In der sich anschließenden Besprechung wurde angeregt, im Juni n. J. einen Gaujugendwandertag auszuführen, wobei am Zielpunkt hauptsächlich Spiele ausgetragen werden sollen. Es wurde gewünscht, daß das Schlagballspiel als das geeignetste Spiel eingeführt wird. Als Wanderziel wurde Würzbach in Vorschlag gebracht. Weiterhin wurde auch der Wunsch ausgesprochen, daß auch die Mädchenabteilungen bei diesem Wandertag mitwirken sollen. Diese beiden Vorschläge sollen dem nächsten Gautag zur Genehmigung unterbreitet werden. Eine gleiche Versammlung für den oberen Bezirk (Nagoldtal) findet nächsten Sonntag in Nagold statt, desgleichen für das Frauenturnen am Samstag und Sonntag in Liebenzell und für das Männerturnen für den ganzen Gau in der Turnhalle in Neuenbürg. Mögen sich alle Veranstaltungen eines recht regen Besuches erfreuen, denn nur durch den Besuch derselben wird eine intensive turnerische Weiterarbeit gewährleistet. Sch.

Vom Lande, 10. Nov. (Pflege der Obstbäume.) Nachdem im Feld die Stoppeläcker vorgenommen, der Ackerboden zur Brache gemacht oder mit Winterfrucht eingesät und die Wiesen gedüngt sind, muß sich im Obstgarten des Bauern Fleiß und Sorgfalt zeigen. Bei dem nebligen und feuchten Novemberwetter sind die Obstbäume leicht zu säubern. Das Ungeziefer in den Schlupfwinkeln muß vertilgt werden, die Astlöcher und Stammhöhlen sind auszuputzen, dann zuzumachen, mit Lehm zu überstreichen, größere Löcher zu zementieren. Die schorfige Baumrinde muß mit dem Baumkratzer beseitigt werden. Junge Bäume sind abzuseifen, größere mit einer Stahldrahtbürste abzubürsten, bei älteren Bäumen ist der Schorf wegzukratzen. Das Abkratzen aber soll nicht zu tief gehen, damit nicht der Bast verletzt wird. Abwaschen mit Obstbaum-Karbolineum tut gegen das Ungeziefer an Stamm und Rinde vorzügliche Dienste. Bei richtiger Anwendung bringt man die Puppen- und Wespennester weg, vernichtet die Ameisenherde in den Baumlöchern und schafft frische, glatte Rinde. Auch Kalken ist nicht übel, doch muß der Kalk mit Lehm oder Kuhfladen verrührt werden. Kalken schützt auch gegen Hasenfraß bei jungen Bäumen.

Novemberwald.

Sturm hat der Hügel buntes Band zerschlissen.
In blassem Violett verschwimmt das Tal.
Die schwarzen Stämme ragen wie Kulissen
Gegen den Himmel, dunstumwallt und kahl.

Aus Astgestrüpp die letzten Blätter sanken,
Und ihrer Welke Ruch durchquillt die Luft.
Ueber dem Waldgrund ringeln Brombeerranken,
Rostbraun gemasert vom Novemberduft.

Wie gelbe Flammen sprühen von den Hängen
Die Lärchenwipfel über dunklem Tann,
Als wollten züngelnd sie zum Lichte drängen
Vor dem Verflackern im Grauwolken-Bann.

Ein Tier, gefangen in des Winters Schlingen,
Stirbt die Natur, allein ihr letztes Lauschen
Hört durch die feuchte Wiese Quellen springen,
Die neuen Knospenglücks Verheißung rauschen.

Heinrich Leis.

Württemberg

Calw, 10. Nov. (Von der Landw. Schule.) Mit 12 Schülern im oberen und 20 Schülern im unteren Kurs hat die Landw. Schule Calw am Montag das Winterhalbjahr 1930/31 eröffnet. Von den 32 Schülern stammen 28 aus dem Oberamtsbezirk Calw und 4 aus dem Oberamtsbezirk Neuenbürg. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang in der Schülerzahl nicht zu verzeichnen.

Freudenstadt, 9. Nov. (Ein Kranich.) Ein seltener Gast hat sich letzte Woche hier niedergelassen. Einer unserer interessantesten Zugvögel, ein Kranich von stattlicher Größe, von Nordeuropa kommend, hat auf dem Wege nach Afrika unsere Stadt überflogen. Die Hochspannungsleitung in der Musbacherstraße wurde ihm leider zum Verhängnis, denn er mußte dabei, bevor er sein Ziel erreichte sein Leben lassen. Der Vogel hatte die beträchtliche Flügelspannweite von 2,10 Metern und eine Größe von 1 Meter.

Kochendorf, OA. Neckarsulm, 8. Novbr. (Wüstling.) Der hier bedienstete Christian Moser wurde vom Landjäger festgenommen und dem Amtsgericht Neckarsulm eingeliefert, weil er sich unsittlich an einem fünfjährigen Mädchen vergangen hat.

Stuttgart, 8. Nov. (Dr. h. c. Wilhelm Ströbel 60 Jahre alt.) Der Direktor der Württ. Landwirtschaftskammer, Landtagsabgeordneter Dr. Wilhelm Ströbel, feiert heute Montag den 10. November, seinen 60. Geburtstag. Dr. Ströbel ist geboren am 10. November 1870 zu Hemmstfeld, OA. Gerabronn.

Stuttgart, 8. Nov. (Mitglieder-Versammlung des Landesverbands württ. Kleinbrenner.) Am Sonntag den 16. November, 12.30 Uhr, findet im Gelben Saal des Bürgermuseums in Stuttgart die ordentliche Mitglieder-Versammlung statt. Neben der Vorlage der Jahresrechnung, Neuwahlen, wird Professor Dr. Rüdiger-Hohenheim ein Referat über „steuerliche und wirtschaftliche Brennereifragen" halten. Der Versammlung voraus geht eine Sitzung des Landesausschusses. In Anbetracht der in letzter Zeit erfolgten Aenderung der branntweinsteuergesetzlichen Verhältnisse dürfte dieser Versammlung besondere Bedeutung zukommen.

Stuttgart, 8. Nov. (Gedenktag für die Opfer des Weltkriegs.) Kultminister Bazille hat angeordnet, am 21. November ist in allen Schulen im Rahmen des Unterrichts in würdiger Weise der Bedeutung des Tages zu gedenken.

Stuttgart, 8. Nov. (Inbetriebnahme des Großsenders Mühlacker.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die Indienststellung des Großrundfunksenders Mühlacker ist nunmehr am Freitag den 21. November in Aussicht genommen. An diesem Tage abends 7.45 Uhr (19.45 Uhr) wird der Großsender zum erstenmal das Abendprogramm des Süddeutschen Rundfunks übernehmen. Im Hinblick auf den Ernst der Zeit wird von Feierlichkeiten aus Anlaß der Indienststellung des Großsenders Abstand genommen werden. Da der Großsender in der ersten Zeit seines Versuchsbetriebs tagsüber zu Betriebsmessungen und Beobachtungen benötigt wird, muß das Tagesprogramm des Süddeutschen Rundfunks vorerst noch über den Stuttgarter Sender abgewickelt werden. Die abendliche Sendefolge wird in der Regel über den Großsender gehen. Beide Sender werden zunächst, jedoch nie gleichzeitig, auf der Stuttgarter Welle (833 Kilohertz, 360 Meter) arbeiten.

Stuttgart, 8. Nov. (Weltspartag.) Die Städt. Sparkasse Stuttgart hat am diesjährigen Weltspartag, dem 30. Oktober, in 3700 Einlagen rund 390000 Mark Spargelder entgegengenommen und 220 neue Sparbücher eröffnen können.

Stuttgart, 8. Nov. (Gasvergiftung.) In einem Hause der Hackstraße wurde am Freitag nachmittag ein 49 Jahre alter Mann tot aufgefunden. Es liegt ein Unfall durch Gasvergiftung vor.

Reutlingen, 10. Nov. (Ehrung der Arbeit.) Der Vorstand der Handwerkskammer hat in seinen letzten Sitzungen Ehren-Urkunden verliehen u. a. an Ernst Gorgas, Buchbinder in Neuenbürg bei der C. Meeh'schen Buchdruckerei, für 34jährige Dienstzeit.

Pfullingen, 9. Nov. (Seltene Jagdbeute.) Jagdpächter Friedrich Eding von hier schoß in der Waldabteilung Lippertal (Staatsschule) ein weißes Reh, einen Altbock.

Mägerkingen, OA. Reutlingen, 8. Nov. (51 an Wurstvergiftung Erkrankte.) Die Zahl der einwandfrei an Wurstvergiftung erkrankten Personen ist nach einer neueren Meldung auf 51 angewachsen. Die Mehrzahl der Erkrankten befand sich am vergangenen Samstag abend bei einer Hochzeit in einem Gasthaus; unter ihnen sind auch zwei Reutlinger. Der Metzgereibetrieb des Gasthauses wurde beschlagnahmt und bis auf weiteres polizeilich geschlossen. Der Zustand verschiedener Erkrankter ist sehr ernst, sodaß leider befürchtet werden muß, daß dem bereits eingetretenen Todesfall noch weitere folgen.

Tübingen, 8. Nov. (Die Nürtinger Wahlschlacht.) Am 23. August kam es in Nürtingen anläßlich einer Wahlversammlung der Nationalsozialisten zu Zusammenstößen mit Kommunisten. Vier von diesen standen nun vor Gericht und erhielten wegen Körperverletzung usw. insgesamt vier Monate, 14 Tage Gefängnis und 65 RM. Geldstrafe.

Tübingen, 8. Nov. (Blutiger Streit.) In der Nacht auf Samstag wurde vor der Wirtschaft zum Bären ein auswärtiger Hilfsarbeiter von einem gleichfalls zugereisten Wanderburschen mit einem Messer in die linke Brustseite gestochen und schwer verletzt. Die Beteiligten waren mit noch weiteren Burschen in Streit geraten, in dessen Verlauf es schließlich zu Tätlichkeiten kam. Der Verletzte wurde in die Chirurgische Klinik gebracht. Der Täter konnte noch in der Nacht festgenommen werden.

Horb, 8. Nov. (Die gefährlichen Brennesseln.) Daß die Brennesselpflanze ein verhältnismäßig starkes Gift in sich birgt, zeigt folgender Vorfall, der sich in einer Ortschaft des Bezirks ereignete. Ein Gartenbesitzer wollte am Vormittag des 6. November eine Anzahl hochgewachsener alter Brennesseln ausrotten. Wohl wurde einige Zeit später der Mann auf ein heftiges Brennen an den Armen und Händen aufmerksam, schenkte jedoch den Anzeichen keine Beachtung, bis er dann plötzlich von einer Art heftigem Fieber befallen wurde. Der Puls schlug heftig, Arme und Hände brannten derartig, als ob ein elektrischer Strom hindurchgehen würde. Obwohl der Arbeiter warmes und kaltes Wasser probierte, die Hände in der Verzweiflung blutig schlug, wollte der Schmerz nicht nachlassen. Der Mann wurde während dieser Zeit beinahe tobsüchtig und wollte die Einrichtung beschädigen, das Fieber stieg. Voller Erregung lief der Mann in den Wald, wo er volle drei Stunden umherirrte. Erst nach dieser Zeit ließen Fieber und Schmerzen plötzlich nach.

Ulm, 8. Nov. (Ein ehrlicher Finder.) Ein Benützer der öffentlichen Sprechstelle eines hiesigen Postamts fand in der Fernsprechstelle einen größeren Geldbetrag, den vermutlich ein anderer Sprechgast dort liegen ließ. Er lieferte den Betrag an die Post ab; der Eigentümer hat sich bis jetzt nicht gemeldet.

Ulm, 8. Nov. (Gerichtliches Nachspiel einer politischen Versammlung.) Am 28. April ds. Js. kam es abends in der Wirtschaft zum „Grünen Baum" in Blaubeuren anläßlich einer öffentlichen Versammlung der Sozialdemokratischen Partei, in der der Landtagsabgeordnete Ulrich aus Heilbronn über das Thema „Versklavung oder Freiheit, Hakenkreuzdiktatur oder soziale Demokratie" sprach, zu schweren Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten zwischen als Saalschutz zu der Versammlung beorderten Ulmer Reichsbannerleuten und mit einem Diskussionsredner erschienenen Nationalsozialisten. Da bei den Tätlichkeiten mit Bierkrügen und Stühlen vorgegangen wurde, gab es Leicht- und Schwerverletzte. Als gerichtliches Nachspiel beginnt am Mittwoch den 12. November vor dem großen Schöffengericht Ulm ein mehrtägiger Strafprozeß gegen 13 wegen Landfriedensbruchs u. a. Angeklagte aus Ulm und Blaubeuren. Zu der Verhandlung sind 47 Zeugen geladen.

Reinstetten, OA. Biberach, 8. Nov. (Tragischer Tod.) Nach

Die Michelstedter

VON H. LORENZ ● UNHEBERRECHTSSCHUTZ-VERLAG O. MEISTER, WERDAU SA.

(7. Fortsetzung.)

„Selbstverständlich!" sagte Erlbach mit dem spöttischen Brustton der Ueberzeugung.

„. . . es ist jedoch beschlossen worden, irgendein großes, geräumiges Haus, möglichst mit Gartenanlagen, anzukaufen!"

„So, so! Gartenanlagen auch? . . . Mehr nicht?! . . . Natürlich . . . solche modernen Säuglinge! . . . Na, denn man zu!"

„Wenn ich dich im Laufe unserer langen Ehe," sagte Frau Renate heftig, „nicht kennengelernt hätte und wenn ich nicht Rücksicht auf die Kinder nähme, vor denen man wieder einmal das Werk der Mutter mit Gewalt herabsetzen will, ja würde ich . . ."

Der Major rückte mit dem Stuhle etwas vom Tisch ab, schlug die Beine übereinander, kreuzte die Arme über der Brust und sah seine Frau erwartungsvoll an:

„Na, was würdest du denn?"

Frau Renate wußte offenbar selbst nicht, was sie würde, und schwieg.

„Was würdest du?"

„Wir wollen dieses Thema vor den Kindern hier fallen lassen! Jedenfalls möchte ich dich nochmals fragen, ob du als Stadtverordneter das von uns besprochene Projekt befürwortest!"

„Tut mir wirklich leid. Nein!"

Frau Renate stand auf:

„Wenn es sich freilich um eine Sache der Partei handelte, dann würdest du Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um Gelder herbeizuschaffen! So aber . . ."

„Liebes Kind, du wirst doch wirklich nicht behaupten können, daß ich mich mit Parteisachen bisher zu sehr abgab! — Aber ich werde es nunmehr tun!"

„Ich kann dich nicht daran hindern!"

„Kannst du auch nicht! . . . Ebenso wie du glaubtest, den Vorsitz für das Säuglingsheim pflichtgemäß übernehmen zu müssen, fühle ich mich verpflichtet, in den Vorstand der hiesigen Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei einzutreten! — Du hast mich doch verstanden?"

„Allerdings . . . denn du sprichst ja laut genug!"

Vera klingelte in Befürchtung eines ernstlichen Ehezwistes dem Mädchen. Alle erhoben sich.

Die Hausfrau hielt dem Major spöttisch die Hand entgegen und sagte leichthin:

„Famos, Detlef! Bei den Parteien soll es ja auch Säuglinge geben — politische Säuglinge. Ist das nicht so ein parlamentarischer Ausdruck?"

Der Major wollte heftig werden, doch das Mädchen trat ein. So ging er denn mit großen Schritten, die Hände auf dem Rücken, hin und her. Da fühlte er den Brief in seiner Tasche und sagte wie nebenbei:

„Uebrigens . . . Edith kommt morgen!"

„Edith?" rief Vera erstaunt.

„Edith?" jubelte Horst.

„Edith???" fragte Frau Renate gedehnt.

Der Gatte kraute den Hund.

„Willst du mich nicht wenigstens näher informieren, Detlef?"

„Warum denn nicht?" sagte der Major scheinbar ganz gemütlich, zog das Telegramm aus der Tasche und gab es seiner Frau. Diese starrte auf den Text. Ueber ihre Schultern sahen rechts und links Vera und Horst.

„Unverständlich!" murmelte die Mutter.

„Ganz unbegreiflich!" meinte Vera.

„Au fein!" schrie Horst und jubelte.

„Augenblicklich bist du still!"

Frau Renate kam, das Telegramm in der Hand, auf ihren Gatten zu:

„Ich darf doch wohl um Aufklärung bitten?"

„Auch das darfst du." Erlbach zog den Brief des Exporthauses Gebrüder Heilmann, Lübeck, aus seiner Tasche und überreichte ihn mit kavaliermäßigem Hackenzusammenschlag und leichter Verbeugung der gnädigen Frau. Sie ergriff ihn mit spitzen Fingern, öffnete den Umschlag und las.

Dem Major fiel es schwer, seine Spannung zu verbergen; er übersah den vorwurfsvollen, mit Mitleid für die Mutter gepaarten Blick Veras.

Endlich erhob sich Frau Renate, in der Linken den Brief. Ihr Kurs war auf die Tür zum Flur gerichtet. Im Vorbeigehen übergab sie ihrem Ehegemahl das Schreiben mit der eisigen Bemerkung:

„Deine Erziehung!"

Nach diesen beiden Worten verschwand sie. Diese „Passage", wie man den Vorgang bühnen- oder filmtechnisch wohl nennen konnte, verfehlte ihre Wirkung nicht.

Als sich die Tür geschlossen hatte, setzte sich der Major in die Fensternische, holte mit unnatürlicher Ruhe den Brief aus dem Umschlag. Beim Lesen entspannten sich seine sorgenvollen Mienen. Vera erschien es sogar, als ob ein leises Lächeln den Mund des Vaters umspiele, als er ihr den Brief mit erleichtertem Aufatmen reichte und sagte:

„So, Vera . . . nun lies ihn mal langsam vor!"

Erlbach lehnte sich in den Sessel zurück. Horst saß mit offenem Munde, und Vera las:

„Lübeck, den 19. Mai 1927.

Persönlich!

Sehr geehrter Herr von Erlbach!

Es tut uns außerordentlich leid, daß wir Ihnen heute nicht mit einer angenehmen Nachricht dienen können.

Es konvenierte uns, Ihre Fräulein-Tochter Edith bei uns im Büro zu verwenden und waren wir nicht abgeneigt, ihr, in Anerkennung ihrer tüchtigen Leistungen, einen Teil der Buchhaltung zu übergeben.

Wenn heute jedoch Differenzen bezüglich Fräulein Ediths auftraten, so liegt dies an folgenden Stipulationen unseres Hauses bezüglich der Angestellten. Wir nehmen an, daß Sie mit uns darin konform gehen.

Bei dem äußersten Entgegenkommen gegenüber unserem Personal und den guten Salären, die wir im Gegensatz zu anderen Firmen unserer Branche zahlen, ist es nicht zuviel verlangt, wenn wir unseren weiblichen Angestellten das Tragen des heute leider weit und breit eingeführten Bubikopfes untersagen. Unser Herr Heilmann ist der Ansicht, daß die Zukunft unseres Vaterlandes mit dem langen Haarschmuck der germanischen Frau fest verankert sei.

Fräulein Edith gibt zu, daß sie sich in unserem bestrenommierten Hause immer wohl gefühlt hat; aber sie kann sich nicht entschließen, sich obiger Usance zu fügen. Sie hat des öfteren Angestellten und auch unserem Herrn Heilmann gegenüber geäußert, daß sie über ihren Körper, inklusive Haar, selbst verfüge.

Nicht nur, daß sie vor einigen Tagen mit dem Bubikopf erschien, hat sie sich sogar das Haar zum Herrenschnitt kürzen und den Nacken ausrasieren lassen.

Daher sieht sich unser Herr Heilmann zu unserem größten Bedauern gezwungen, die fristlose Entlassung auszusprechen.

In der Anlage übersenden wir Ihnen die Zeugnisse, aus denen Sie ersehen werden, daß wir im übrigen Fräulein Edith durchaus wohlwollen. Entsprechend der Kulanz unserer Firma haben wir Ihrer Tochter das volle Gehalt für den nächsten Monat auszahlen lassen.

Wir wünschen für ihre Zukunft alles Gute und zeichnen, ohne mehr für heute,

hochachtungsvoll Gebr. Heilmann."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

einem hier aus Brasilien eingegangenen Brief mußte während des Aufstandes in Brasilien am 4. vorigen Monats eine Tochter aus hiesiger Gemeinde, Emma Kehrle, Tochter des Alfons Kehrle, früher in Laubach, ihr Leben opfern. Sie bekam, als sie vom Fenster aus auf die Straße schaute, einen Bauchschuß, konnte aber erst andern Tags aus dem Hause in das Hospital verbracht werden, woselbst sie trotz sofortiger Operation starb.

Mergentheim, 9. Novbr. (Eine Gespenstergeschichte.) Folgende wahre Begebenheit wird der „Tauber-Zeitung" aus einem Bezirksort berichtet: Vor längerer Zeit wurde in einem Hause eines Bezirksortes in der Geisterstunde jede Nacht ganz leise die Wohnzimmertüre geöffnet. Der Großvater und die Großmutter, die in der Kammer nebenan schliefen, hörten etwas herumschleichen, konnten aber niemand sehen. Sie bekamen große Angst und deshalb mußten die anderen Familienmitglieder in einer folgenden Nacht im Zimmer wachen. Nicht wurde nicht angemacht. Kaum hatte es 12 Uhr geschlagen, da hörte man es etwas an der Türschnalle und die Türe öffnete sich. Jedes bekam vor Schrecken eine Gänsehaut und sie fingen laut an zu beten: „Alle guten Geister loben Gott den Herrn". Dieses Gebet blieb nicht unerhört, denn von der Türe her tönte es kläglich: „Miau, miau". Der Geist war die Hauskatze, die es verstand, die Türe zu öffnen und die den Ofenstein lieber als Lager hatte, als den kalten Hausgang.

Der Schwarzwald und der Neckarkanal.

Freudenstadt, 10. Nov. Wir lesen im „Grenzer": Der scharfe Beschluß des Bauernbundes gegen den Neckarkanalbau wird geeignet sein, ganz besonders im Schwarzwald Aufsehen zu erregen. War doch die Amtskörperschaft von Freudenstadt die einzige Amtskörperschaft, welche sich von Anfang an geweigert hat, irgendwelche Unterstützungen für den Neckarkanal zu geben, weil sie das Unternehmen als zu einseitig für die Stadt Stuttgart angesehen hat. Der Oberamtsbezirk Freudenstadt leidet in ganz besonderer Weise unter der Ungunst der Verhältnisse dadurch, daß die Holzerträgnisse rapid durch eine falsche Handelspolitik gesunken sind. Der Schwarzwald wird von dem Neckarkanal auch nicht im geringsten befruchtet werden, da selbstverständlich das Holz, das von hier aus verfrachtet wird, gerade so schnell in Mannheim ist wie in Heilbronn. Also wird dadurch keine Steigerung des Holzpreises eintreten. Nun sind aber die Verhältnisse eben durch das Sinken des Holzpreises im Schwarzwald so herb geworden, daß der ganze Schwarzwald Veranlassung hat, seinen Finger auf derartig einseitige Arbeiten, wie sie der Neckarkanal darstellt, hinzulenken. Es ist doch bekannt, daß die beiden Städte Freudenstadt-Wildbad seit Jahren sich bemühen, eine direkte Verbindung zu bekommen durch den Ausbau der Höhenstraße. Was gäbe das für eine herrliche Arbeitsgelegenheit für Hunderte von Arbeitern. Diese wäre dann das Gegenstück zur badischen Höhenstraße, für die in ganz Deutschland dauernd die Reklametrommel gerührt wird. Die beiden größten württembergischen Kurorte würden dadurch segensreich beeinflußt. Das würde die Steuerkraft des Hotelgewerbes heben und wäre so für den Staat von größter Bedeutung, insbesondere, da auch sehr viele ausländische Automobilbesitzer dann den württembergischen Schwarzwald mehr besuchen würden.

Baden.

Pforzheim, 8. Nov. Der Pressedienst des Reichsbunds der Kriegsbeschädigten, -teilnehmer und Kriegerhinterbliebenen teilt mit: Eine fast unglaubliche Roheit legte der Fasser Erwin Jung aus Pforzheim gegenüber dem Schwerkriegsbeschädigten J. L. an den Tag. In der elektrischen Straßenbahn wurde unser schwerkriegsbeschädigte Kamerad in der schwersten und niedrigsten Weise beschimpft. Kurz darauf äußerte sich der feine Herr in einem Geschäft erneut über die Kriegsbeschädigten in gemeiner Art: „Die Krüppel gehören vollends weggeschafft, die muß man noch unterhalten." Solche und ähnliche Redensarten führten schließlich dazu, daß der Schwerkriegsbeschädigte Privatklage vor dem Amtsgericht Pforzheim gegen den roten Burschen erhob. Das Gericht erkannte auf eine Gesamtstrafe von zwei Wochen Gefängnis und Veröffentlichungsbefugnis in sämtlichen Pforzheimer Tageszeitungen auf Kosten des Angeklagten.

Heidelberg, 8. Nov. Gegen die kürzlich erfolgte ministerielle Ernennung des Privatdozenten Dr. Gumbel an der hiesigen Universität zum außerordentlichen Professor werden die der Großdeutschen Studentenschaft und dem nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund angehörenden Studenten eine Protestversammlung gegen Gumbels Professur veranstalten, die im großen Saal der Stadthalle stattfinden wird. Der Protest der Studenten richtet sich gegen Gumbels Professur deshalb, weil Gumbel moralisch ungeeignet sei, die deutsche akademische Jugend zu erziehen.

Vermischtes.

Die Ermordung des Uhrmachers Ullbrich. Der 22jährige Kutscher Stolpe und der 23jährige Zeitungsfahrer Benziger, die den Uhrmacher Ullbrich in Berlin ermordet haben, sind in Redel bei Polzin verhaftet und nach Berlin transportiert worden. Die Polizei ist den beiden Burschen durch die Aussage der 22jährigen Elisabeth Neumann, die zu den Besucherinnen Ullbrichs gehörte, auf die Spur gekommen. Die Neumann besprach den Plan der Beraubung mit ihrem Bräutigam Stolpe auf einem Berliner Rummelplatz, und Stolpe machte seinem Freunde Benziger davon Mitteilung. Stolpe wie Benziger sagten übereinstimmend aus, daß die Neumann darauf bestanden hätte, daß der Uhrmacher, um eine Entdeckung zu verhindern, ermordet werden müßte. Benziger gestand der Polizei, daß er Stolpe, der sich am längsten sträubte, überredet habe, an der Tat teilzunehmen. Der Mord hat sich folgendermaßen abgespielt: Die Neumann besuchte Ullbrich am Abend des 28. Oktober in seinem hinter dem Geschäft gelegenen Wohnraum. Ohne daß Ullbrich es bemerkte, schloß sie die Ladentür, die von Ullbrich verschlossen war, wieder auf, und öffnete so den draußen Wartenden den Weg. Dann begab sie sich mit dem Uhrmacher zu Bett. Die Burschen schlichen sich nach einiger Zeit in den Laden. Sie warfen beim Umherstöbern einen Gegenstand herunter. Ullbrich hörte das Geräusch und wollte aufspringen; die Neumann aber beschwichtigte ihn. Die Burschen drangen dann in den Wohn- und Schlafraum ein und stürzten sich auf den Uhrmacher. Nun entspann sich ein furchtbarer Kampf. Die Mörder drückten ihm das Gesicht in die Kissen, doch gelang es Ullbrich immer wieder, sich frei zu machen. Allmählich versagte ihnen der Mut und sie wollten den Ueberfallenen bereits loslassen. Das Mädchen hatte aber ein Beil ergriffen und erklärte, sie werde Ullbrich den Schädel zertrümmern, wenn die Männer zu feige wären. Als Ullbrich sich nicht mehr regte, machten die Verbrecher Licht und raubten aus einem der Neumann bekannten Versteck etwa 8 Mark Bargeld und eine Reihe von Uhren. Dann fuhren sie nach Stettin und wanderten von dort nach Redel, wo Stolpe früher einmal als Viehhüter beschäftigt gewesen war. In dieser Ortschaft wurden die beiden Mörder dann verhaftet.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 9. Nov. (Vom Obst- und Gemüsemarkt.) Auf dem Obstgroßmarkt hält sich die Zufuhr noch immer auf der bisherigen Höhe in Aepfeln, in Birnen ist Mangel. Amerikaner Faß- und Kistenäpfel nehmen schon einen breiten Raum ein, auch Tiroler und Steiermärker sind stark vertreten, während die Zufuhr aus den Donauländern zurückgeht. Nüsse in guter Ware sind gesucht. Preiselbeeren sind zu 40 Pfennig angeboten. In Weintrauben ist die Saison zu Ende, Almeria-Trauben kommen in Süßern. Einheimisches Edelobst auf dem Musterobstmarkt des Württ. Obstbauvereins wird knapper. Absatz befriedigend. Das Mostobstgeschäft hat sich nach dem kürzlichen Rückschlag, infolge zu hoch geschraubter Preise, wieder belebt. Je nach Qualität und Herkunft wird jetzt zu 10.50—12.50 RM. detailliert. Zur Eindeckung ist z. Zt. die Gelegenheit sehr günstig. Die Zufuhr zum Gemüsemarkt ist noch reichlich, die Abnahme läßt zu wünschen. Schöner Blumenkohl ist gefragt, für Kohlarten wenig Interesse. Kanarische Tomaten werden zu 35 Pfennig angeboten.

Holzverkäufe. Nach Mitteilung der Forstdirektion wurden im Monat Oktober an Fichten- und Tannenstammholz verkauft: altes Holz 15 526 Fm. bei einem Erlös von 71 Prozent, neues Holz 4921 Fm. bei einem Erlös von 87 Prozent. An Forchen- und Lärchenstammholz wurden verkauft: altes Holz 190 Fm. bei einem Erlös von 66 Prozent, neues Holz 777 Fm. bei einem Erlös von 76 Prozent. Im Monat September betrug der Erlös für Nadelstammholz 85 Prozent. Beim Verkauf von Nadelholzstangen wurden folgende Durchschnittserlöse erzielt: Gerüststangen 67 Proz. der Landesgrundpreise, Baustangen I. 64 Prozent, Baustangen II. 63 Prozent, Baustangen III. 64 Prozent, Baustangen IV 70 Prozent, Baustangen V. 67 Prozent, Hopfenstangen I. 65 Prozent, II. 63 Prozent, III. 66 Prozent, IV. 65 Prozent, Kleinstangen 73 Prozent. An Brennholz wurden verkauft: Laubholz 486, Nadelholz 2579 Raummeter bei einem Durchschnittserlös von 73 Prozent der Bezirksgrundpreise, gegen 72 Prozent im September.

Neueste Nachrichten.

Friedrichshafen, 9. Novbr. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist Sonntag vormittag 10.05 Uhr unter Führung des Kapitäns Lehmann zu einer Landungsfahrt nach Karlsruhe aufgestiegen. Um 16.20 Uhr traf das Luftschiff wieder über Friedrichshafen ein und landete um 16.40 Uhr glatt und ohne Zwischenfall. Die Landungsfahrt nach Chemnitz ist nun endgültig auf den nächsten Sonntag festgesetzt worden.

München, 9. Nov. Wie die „Bayerische Staatszeitung" meldet, sind die aus den Femeprozessen bekannten Oberleutnant Schulz und Feldwebel Klapproth in den Vorstand der NSDAP. berufen worden. Sie sollen später Posten als sogenannte Standartenführer in Ostdeutschland erhalten.

Rüsselsheim, 9. Nov. Heute vormittag brach in der Lackiererei der Fahrradabteilung der Opelwerke Feuer aus. Nach etwa zweistündiger Tätigkeit konnte der Brand gelöscht werden. Der Schaden ist nicht bedeutend. Die Produktion ist nicht unterbrochen.

Hilden, 9. Nov. Während einer Versammlung der NSDAP., zu der auch die Kommunisten zugelassen waren, kam es zu erregten Szenen, die ihren Höhepunkt am Schluß der Versammlung erreichten. Die Kommunisten verließen unter „Rot Front"-Rufen das Lokal. Im Nu entstand ein großer Tumult. Obwohl sofort Polizei eingriff, war es einigen Teilnehmern gelungen, mit dem Messer auf die Gegner einzustechen. Fünf Personen wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Gemünd (Eifel), 9. Nov. Der Kriegsinvalide Josef Beul in Bergbuir hat in Abwesenheit seiner Frau seine vier Kinder mit der Axt erschlagen. Das älteste der Kinder war acht Jahre alt. Der Vater machte danach einen Selbstmordversuch und brachte sich lebensgefährliche Verletzungen bei. Beul betrieb in Bergbuir ein kleines Geschäft. Finanzielle Schwierigkeiten sollen ihn zu der grausigen Tat, die er wahrscheinlich in einem Anfall geistiger Umnachtung verübt hat, getrieben haben.

Berlin, 9. Nov. Zum Gedächtnis der im Weltkriege gefallenen Marineangehörigen hat der Chef der Marineleitung angeordnet, daß die Schiffe und Fahrzeuge der Reichsmarine beim Passieren des Marineehrenmals in der Kieler Föhrde eine Ehrenbezeugung durch einmaliges Dippen der Flagge erweisen.

Berlin, 9. Nov. Zu der von einer nationalsozialistischen Korrespondenz verbreiteten Meldung über ein geplantes Verbot der nationalsozialistischen Partei in Preußen und über die Absicht des Reichsinnenministers, dieses Verbot auf das Reich auszudehnen, hören wir von unterrichteter Seite, daß weder in Preußen an ein derartiges Verbot gedacht wird, noch das Reich sich irgendwie mit der Frage beschäftigt hat, die Partei für das ganze Reich zu verbieten.

Berlin, 9. Nov. Der Polizeipräsident Grzesinski hat die „Rote Fahne" für die Dauer von acht Tagen verboten, weil das Blatt in der heutigen Nummer den Ueberfall auf den ehemaligen Polizeipräsidenten Zörgiebel in Moabit mit Jubel begrüßt hat.

Berlin, 9. Nov. Die Schriftstellerin Anselma Heine ist Sonntag früh in ihrer Wohnung in Berlin nach langem Leiden im Alter von 75 Jahren gestorben.

Berlin, 9. Nov. Im großen Bombenleger-Prozeß haben bis zum 7. November, dem Ablauf der Einspruchsfrist, die Staatsanwaltschaft in vollem Umfange und Rechtsanwalt Dr. Graf von der Goltz für den Angeklagten Volck von dem Rechtsmittel der Revisionsanmeldung Gebrauch gemacht. Rechtsanwalt Dr. Luetgebrune hat für die Angeklagten Bossen, Hamkens, Holländer, Luhmann, Manecke, Matthes, Rathgen, Kirper, Bich, Weschke und Wiborg vorsorglich Revision angemeldet, da von diesen Angeklagten noch keine Mitteilung eingegangen ist, ob sie es bei dem Urteil der ersten Instanz belassen wollen.

Hannover, 10. Okt. Der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei hat mit 318 gegen 16 Stimmen die Auflösung der Partei beschlossen. Die nunmehr gegründete Deutsche Staatspartei hat Finanzminister Dr. Dietrich zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Amsterdam, 9. Nov. Der Start des Flugschiffes Do. X nach England ist, nachdem sich die Besatzung und die Fluggäste den ganzen Morgen bereitgehalten hatten, mit Rücksicht auf die Wetterlage auf morgen verschoben worden. Der Start dürfte vermutlich morgen früh gegen 10 Uhr (Amsterdamer Zeit) stattfinden.

Kowno, 9. Nov. Wie aus Moskau berichtet wird, fanden am Vorabend der Revolutionsfeier sechs Hinrichtungen von durch die OGPU. verurteilten Personen statt. Die Verurteilten waren angeblich an einer Verschwörung gegen die Sowjetregierung beteiligt und sollen den Versuch unternommen haben, die Lebensmittelversorgung zu erschweren.

Paris, 9. Nov. Havas meldet aus Madrid: Das Riesenflugzeug ist nach Lissabon abgeflogen.

Paris, 9. Nov. Wie aus Indo-China gedrahtet wird, hat der Taifun sehr starke Verwüstungen angerichtet und unzählige Opfer an Menschenleben gefordert. Der Kapitän des in Saigon eingetroffenen Dampfers, Gouverneur General Roume, teilt mit, daß aus den Trümmern bereits etwa hundert Leichen geborgen worden seien. Die Aufräumungsarbeiten werden fortgesetzt. Auch im äußersten Süden von Cochin-China hat der Sturm außerordentlich stark gewütet. Die Ernte wurde zum Teil vernichtet, die Gebäude stürzten ein. Die Zahl der Todesopfer wird hier vorläufig auf acht Personen geschätzt. An der Küste des St. Jacques kenterten mehrere Fischerboote, wobei 17 Fischer ums Leben kamen.

Kampfansage des Zentrums gegen die württ. Deutschnationalen

Stuttgart, 9. Nov. Zu dem bevorstehenden Zusammentritt des württ. Landtags läßt sich die „Augsburger Postzeitung" aus Stuttgarter Zentrumskreisen schreiben: Da diese Tagung nur von ganz kurzer Dauer sein soll, ist nicht anzunehmen, daß bereits hiebei die innerpolitischen Verhältnisse, insbesondere der Fall Dr. Bazille, eine endgültige Klärung erfahren. Die staatsrechtliche und staatspolitische Stellung des Kultministers Dr. Bazille wird von seiten der Opposition einer Klärung entgegengeführt werden, da es zweifelhaft sei, ob Dr. Bazille nach seinem Austritt aus der deutschnationalen Partei Württembergs noch Mitglied des Landtags sei. Die Klärung der Haltung der übrigen drei Abgeordneten der Bürgerpartei zur Regierung wird von der Zentrumspartei in die Wege zu leiten sein, wozu nachgerade aller Anlaß besteht, nachdem der erstmals mit badischen deutschnationalen Reststimmen in den Reichstag eingetretene Landtagsabgeordnete Dr. Wider die Zentrumspatei ob ihrer Haltung im Reich und in Preußen in Wort und Schrift in schärfster Weise angreift. Die württembergischen Zentrumswähler können es auf die Dauer nicht verstehen, daß ein deutschnationaler Reichstagsabgeordneter beinahe täglich die Zentrumspartei angreifen kann, und daß trotzdem seine Partei mit der Zentrumspartei ungestört in der württembergischen Regierung sitzt. Es ist ein innerer Widerspruch, wenn die württembergische deutschnationale Partei das Sanierungsprogramm der Reichsregierung in Versammlungen und in der Presse auf das Schärfste bekämpft und wenn gleichzeitig die württembergische Regierung, die dem Sanierungsprogramm im Reichsrat im wesentlichen zustimmen dürfte, die deutschnationale Partei zu den Stützen der Regierung zu zählen hat. Die bisherige Lammsgeduld der Zentrumspartei gegenüber dem Tun und Treiben der beiden deutschnationalen Landtagsabgeordneten Dr. Wider und Dr. Hölscher ist in weiten Kreisen der Partei nicht immer verstanden worden, jedenfalls würde eine Fortsetzung der bisherigen Schweigepolitik künftig scharf mißbilligt werden, da sie der Ehre der Partei und dem persönlichen Ansehen ihrer Führer auf das Schwerste schaden würde. Bei Klärung dieser innerpolitischen Verhältnisse würde der Oeffentlichkeit endlich auch die jetzige parteipolitische Einstellung des deutschnationalen Finanzministers Dr. Dehlinger bekannt werden, der seit der Spaltung der württembergischen Bürgerpartei noch keine Gelegenheit genommen hat, ein politisches Glaubensbekenntnis abzulegen.

Einzelhandel und Preisabbau.

Berlin, 9. Nov. Im Anschluß an die Verhandlungen mit dem Bäcker- und Metzgergewerbe und dem Milchhandel fanden am Samstag im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Besprechungen mit der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels statt. Die erschienenen Vertreter des Lebensmittelhandels legten dar, welche Preissenkungen auf verschiedenen Gebieten im Laufe der letzten Monate bereits eingetreten seien. Sie betonten den ernstlichen Willen, den Wünschen der Reichsregierung auf eine allgemeine Preissenkung auch ihrerseits im Rahmen des Möglichen Rechnung zu tragen. Sie werden dem Minister in den nächsten Tagen konkretes Material über die Preisbildung und die Höhe der Handelsspanne unterbreiten.

Der Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 9. Nov. Das Sonderschiedsbericht für den Konflikt in der Berliner Metallindustrie hat am Samstag abend folgenden endgültigen Schiedsspruch gefällt: 1. Der zur Zeit geltende Lohntarif bleibt bis 16. November 1930 vollinhaltlich in Kraft. 2. Die bisherigen Tarifmindestlöhne werden vom 17. November 1930 bis einschließlich 18. November 1931 in allen Gruppen um 3 vom Hundert gekürzt. 3. Mit Wirkung vom 19. Januar 1931 vermindern sich die bis zum 16. November 1930 geltenden Tarifmindestlöhne um weitere 3 vom Hundert für männliche und weibliche Jugendliche unter 18 Jahren, und um weitere 5 vom Hundert für alle übrigen Gruppen. 4. Diese Regelung ist mit Monatsfrist kündbar, erstmalig zum Schluß der Lohnwochen, in die der 30. Juni 1931 fällt. Der Spruch ist unterzeichnet von den Schlichtern Dr. Brauns, Dr. Jarres und Dr. Sinzheimer.

Die Begründung des Schiedsspruchs.

Die Begründung des endgültigen Schiedsspruchs für die Berliner Metallindustrie lautet wie folgt: Die Berliner Metallindustrie befindet sich ebenso wie die gesamte deutsche Wirtschaft in einer schweren Krise. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Deutschland auf rund drei Millionen angewachsen und droht noch weiter zu wachsen. Daß diese Krise auch weltwirtschaftlichen Charakters ist, befreit das deutsche Volk nicht von der Pflicht, alle seine Kräfte dafür einzusetzen, daß die Not nicht steigt, und alles zu tun, was eine Besserung erwarten läßt. Dazu bedarf es wirksamer Preissenkung auf allen Gebieten. Wenn diese auch nicht allein von der Lohnseite her geschehen darf, so ist das Lohnkonto doch ein so wichtiger Bestandteil der Gestehungskosten, daß an ihm nicht vorübergegangen werden kann. Von einer Lohnsenkung kann allerdings eine wünschenswerte Belebung der Wirtschaft nur dann erwartet werden, wenn dadurch die Kaufkraft der Massen nicht dauernd gesenkt wird. Die Schlichter haben deshalb erwogen, ob nicht die Lohnsenkung in eine feste Beziehung zur Entwicklung der Preise, insbesondere der Lebensmittelpreise, gebracht werden sollte. Die Verwirklichung dieses Gedankens scheiterte indessen an der Unmöglichkeit seiner allgemeinen technischen Durchführung. Wenn gleichwohl die Schlichter in vorliegendem Falle eine Lohnsenkung in ihrem Schiedsspruch für unvermeidlich hielten, so geschah dies in Kenntnis gewisser bereits eingeleiteter Maßnahmen zur Senkung der Lebensmittelpreise und in der sicheren Erwartung, daß die allgemeine Herabsetzung der Preise der gewerblichen Produkte sowohl wie auch der Lebensmittel von allen verantwortlichen Stellen mit größter Energie auch weiter verfolgt wird. Dabei kommt es also darauf an, daß diese Preissenkung sich bis zum letzten Konsumenten durchsetzt. In den Schlichtungsverhandlungen erklärten die Vertreter der Berliner Metallindustrie, daß eine erhebliche Senkung der Preise ihrer Produkte bereits erfolgt sei und weitere Senkungen bevorstehen. Was das Ausmaß der Lohnsenkung anbetrifft, so haben die Schlichter erwogen, daß die Senkung der Lebensmittelkosten sich erst auszuwirken beginnt und der Arbeiterschaft Zeit gelassen werden muß, um sich auf die Lohnkürzung in ihrer vollen Höhe einzustellen. Mit dieser Abweichung haben sich die Schlichter Inhalt und Begründung des ersten Schiedsspruchs zu eigen gemacht. Die Schlichter sind sich bewußt, daß der Schiedsspruch eine über die Beilegung des vorliegenden Streitfalles hinausgehende grundsätzliche Bedeutung hat. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß die Einzelheiten dieses Schiedsspruchs schematisch auf andere Fälle übertragen werden könnten. Unter Berücksichtigung der oben dargelegten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte wird vielmehr jeder Fall nach seiner Eigenart zu beurteilen sein. Die Schlichter waren bei der Gestaltung an den Inhalt des noch laufenden Manteltarifvertrags, in dem ohne feststehende Einwilligung der Tarifvertragsparteien ein Eingriff nach einer bekannten Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts im Eisenkonflikt Nordwest 1928 nicht möglich ist, gebunden. Aus diesen Gründen mußte es bei der im Manteltarif geregelten Festsetzung der Mindestlöhne der Arbeiterinnen über 18 Jahre sein Bewenden haben. Aus dem gleichen Grunde konnte auch die Frage der Arbeitszeit in diesem Verfahren nicht behandelt werden. Auf Grund dieser Erwägungen fällten die Schlichter einstimmig den oben angeführten Schiedsspruch.

Die Untersuchung des Lübecker Säuglingssterbens.

Berlin, 10. Nov. Vom Reichsministerium des Innern wird über die im Reichsgesundheitsamt von Professor Dr. Ludwig Lange durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchungen über die Ursachen des Lübecker Säuglingssterbens u. a. mitgeteilt: Die Untersuchung der BCG-Kulturen aus Lübeck steht vor dem Abschluß. Es hat sich auch weiterhin bestätigt, daß die

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Mitte März und in der zweiten Hälfte des April 1930 in Lübeck auf sehen Nährboden angelegten BCG-Kulturen virulente Tuberkelbazillen nicht enthielten. Dagegen hat sich die von Herrn Professor Deycke am 17. April 1930 in Lübeck angelegte Kultur, die aus einem mit einer vermeintlich reinen BCG-Aufschwemmung geimpften Meerschweinchen gezüchtet worden war, auch bei den weiteren Versuchen als virulente Menschentuberkel-Bazillenkultur erwiesen. Im übrigen hat sich auch bei den weiteren Untersuchungen kein Anhaltspunkt dafür gewinnen lassen, daß die krankmachende und tödliche Wirkung eines so großen Teiles der in Lübeck an die Säuglinge verabreichten Impfstoffe durch eine biologische Umwandlung der dort benutzten BCG-Kulturen herbeigeführt wurde. Es laufen jedoch hierüber, wie auch bezüglich der Frage, ob in Lübeck durch die Verwendung bestimmter Nährböden eine Verunreinigung der BCG-Kulturen mit virulenten Tuberkelbazillen eingetreten ist, noch einige Versuchsreihen. Von dem abschließenden Ergebnis der Untersuchung wird im Laufe des November dem Reichsgesundheitsrat Kenntnis gegeben werden.

Groß angelegte Rede des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich.

Hannover, 9. Nov. In der Stadthalle zu Hannover, in der am Tage vorher nach teilweise stürmischen Auseinandersetzungen mit großer Mehrheit die Auflösung der Deutschen Demokratischen Partei beschlossen worden war, hielt am Sonntag die Deutsche Staatspartei unter den Farben Schwarz-Rot-Gold ihren Gründungsparteitag ab. Der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff eröffnete die Tagung. Einstimmig wurden auf seinen Vorschlag Dr. Weber und Rochus von Rheinbaben, sowie die preußische Landtagsabgeordnete Riedel und Frau Mesolf-Hannover in die Verhandlungsleitung berufen. Dann erbat und erhielt Höpker-Aschoff vom Parteitag unter lebhaftem Beifall die Ermächtigung, ein Huldigungstelegramm an den Ehrenbürger der Stadt Hannover, den Reichspräsidenten von Hindenburg, zu senden.

Reichsfinanzminister Dietrich ergriff darauf das Wort zu einer groß angelegten Rede über „Ziele und Aufgaben der Staatspartei", in der er etwa folgendes ausführte: „Im neuen Reichstag bestehe eine Mehrheit für den heutigen Staat und seine Verfassung, aber es besteht keine Mehrheit für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung, die Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten verwerfen. Die Grundursache dieser Erscheinung liegt nicht in der Vermehrung der abhängigen Existenzen, die im übrigen politisch und wirtschaftlich vollkommen gleichberechtigt sind. Schlimmer hat die Inflation gewirkt, die nicht nur die Mitte geschwächt, sondern auch Millionen abhängiger Existenzen ihr Sparvermögen weggenommen hat und sie daher im Falle der Arbeitslosigkeit der größten Not aussetzt. Die Zusammenballung zu gewaltigen Syndikaten und Trusts, die ganze Erwerbszweige beherrschen, verbaut einer Menge nach Selbständigkeit drängenden Existenzen den Weg nach oben. Die Reparationen, die in ihrer Auswirkung vollkommen unübersehbar sind, bedrohen die Existenzmöglichkeit der Nationen. Die Meinung, der Staat könne alle Leiden heilen, ist überspannt worden, und droht den Staat zum Erliegen zu bringen. Schlimmer noch ist die geistige Verwirrung. Die alten Autoritäten sind gefallen. In Familie, in Schule und Kirche wurde vielfach ein negativer Geist gelehrt, der der heutigen Generation jede Einstellung zum Staate genommen hat. Meinungs- und Pressefreiheit sind entartet. Selbstdisziplin ist verloren gegangen. Der Eintritt der Frauen in das politische Leben brachte ein neues unübersehbares Moment und das verkehrte Wahlrecht hat verwirrend gewirkt. Falsche Beamtenpolitik und wirtschaftliche Korruption haben verheerende Folgen gehabt. Mit Schlagworten wie Marxismus und Antimarxismus kann die Lage nicht bewältigt werden. Monopolitische Syndikate kann der Staat nicht frei schalten und walten lassen. Im übrigen aber ist die Erhaltung des selbständigen Unternehmertums und vor allen Dingen des Mittelstandes in Gewerbe, Landwirtschaft und Handel die vordringlichste Aufgabe. Davon hängt auch das Wohl und Wehe der Angestellten, Arbeiter und Beamten ab. Auf geistigem und kulturellem Gebiet liegt das Zeitalter des Liberalismus hinter uns. Wir übernehmen aus ihm das Recht der Geistes- und Meinungsfreiheit und der Duldsamkeit. Aber auf Freiheit hat nur Anspruch, wer sich die nötige Disziplin und Selbstbeschränkung auferlegt. Die wichtigste Aufgabe ist die Erziehung zur Volksgemeinschaft und zur staatsbürgerlichen Pflichterfüllung, zur Staatsidee. Diese aber ist der Gedanke des deutschen Nationalstaates. Jede andere Staatsidee stößt Oesterreich endgültig ab und zerreißt die Verbindung mit den von uns getrennten Europadeutschen. Weil wir aber für die Staatsidee alle Volksgenossen brauchen, muß der Staat demokratisch sein. Dieser demokratische Nationalstaat wird dem deutschen Volke die Freiheit wieder erobern, wir hoffen auf gütlichem Wege. Aber die Friedensidee ist überlagert von der Idee der Gerechtigkeit und Frieden kann es in Europa nur geben, wenn die Gerechtigkeit siegt. Der Redner verbreitete sich dann über seine Finanzpolitik, die ein Gebot der Not und die auch, soweit sie die Beamten treffe, nur zu verstehen sei aus der Tatsache, daß eben die Mittel zur Weitergewährung der bisherigen Bezüge nicht ausreichen. Die Grundidee sei, Wiederherstellung des Vertrauens und damit Belebung der Wirtschaft auf dem Innenmarkt sowohl wie auf dem Weltmarkt. Die Reparationspolitik bezeichnete er als zwangsläufig. Zum Schluß erklärte der Redner, die Deutsche Staatspartei wolle die Partei des heutigen Staates sein. Sie ziehe einen scharfen Strich wirtschaftlich gegen den Sozialismus, politisch gegen diejenigen, die die Republik bekämpfen. Sie wolle nicht die Fortsetzung einer alten Partei sein. Sie wolle sozialen Ausgleich, Bekämpfung der Klassengegensätze, anständige politische Sitten. Er schloß mit dem Satz: Wir verbinden mit dem Stolz auf die deutsche Vergangenheit den Glauben an die deutsche Zukunft. Unser Ideal ist ein freier, mächtiger, sozialer, deutscher Nationalstaat. Um diesen wollen wir kämpfen.

Die Wahlen in Oesterreich.

Wien, 9. Nov. Aus den ersten Wahlergebnissen in Wien ergibt sich um 19.30 Uhr ungefähr folgendes Bild: Vom Schoberblock wird mitgeteilt, daß in verschiedenen Wiener Bezirken die Ergebnisse für den Block unerwartet günstig seien. In manchen Bezirken hatten sich die Stimmen gegenüber dem Jahre 1923, wo die Großdeutschen in Wien selbständig vorgingen, sogar verdoppelt. Die ersten Wahlergebnisse zeigen vor allem einen günstigen Erfolg des Schober-Blocks und einen Rückgang der christlich-sozialen Stimmen. Obgleich die Vergleichszahlen für 1927 schwer heranzuziehen sind, weil Christlich-Soziale und Großdeutsche damals auf eine einheitliche Liste gingen, werden, soweit sich bisher übersehen läßt, Vaugoin-Seipel wenig Grund zur Zufriedenheit haben. Die Zahlen der Heimwehren sind nicht imponierend, dagegen haben die Nationalsozialisten bei ihrer neuen Kandidatur immerhin solche Stimmenergebnisse zu verzeichnen, daß, wenn sie in einem Wahlkreis es wirklich zu einem Mandat bringen, die Reststimmenzählung ihnen vielleicht 3 bis 4 Mandate im Nationalrat sichern könnte.

Ruhiger Verlauf der Wahl.

Wien, 10. Nov. Ein Wahlsonntag, so schön und ruhig, wie man ihn nach den heftigen Kämpfen der letzten Wochen nicht für möglich gehalten hätte. In Wien haben von der neunten Morgenstunde an in den Wahllokalen die Wähler sehr zahlreich abgestimmt, obwohl es überall sehr still und ordnungsmäßig zuging. Die Kandidaten haben bis in die letzten Nachmittagsstunden ihre Kehlen angestrengt. Vaugoin ließ durch ein Extrablatt der „Reichspost" einen offenen Brief an Dr. Schober verbreiten, in dem er dessen Partei der Illoyalität zeiht, weil die Lobesworte, die Vaugoin für Dr. Schober gesprochen hatte, in einem Flugblatt des Schoberblockes angeblich unziemlich verwendet worden seien. Der Schoberblock antwortete, dieser offene Brief des Bundeskanzlers Vaugoin sei nur durch seine völlige Nervenüberreizung zu erklären. In allen Arbeiterbezirken und auch in der inneren Stadt wurden Umzüge und Kundgebungen veranstaltet, die davon zeugen, daß die Wahlkassen noch keineswegs erschöpft sind. Die Wahlschleper in Wien wurden von allen Parteien stark in Anspruch genommen. Auch der letzte Wähler sollte an die Urne herangebracht werden. Da die Kranken in den Spitälern diesmal keine Wahlkarten erhalten hatten, die zu ambulanter Abstimmung berechtigten, haben die Sozialdemokraten die verfügbaren Krankenwagen und Krankenautos gemietet. Um 5 Uhr nachmittags sind die Urnen geschlossen worden. Um ½7 Uhr abends begann auf den Straßen und Plätzen lebhaftes Treiben. Vor den Wahllokalen stauten sich die Massen, um schnell zu erfahren, wie im engeren Wahlbezirk die Abstimmung war. In der Hauptstadt und, soweit Meldungen aus den Ländern vorliegen, gab es überhaupt keine nennenswerten Zwischenfälle. Die Polizei hatte nur selten einzuschreiten. Das Alkoholverbot, das seit gestern in Geltung war, ist hinter den Kulissen wohl nicht strenger gehandhabt worden, als beispielsweise in Chicago. In manchen Bezirken wurde über Wahlschwindel geklagt. So befanden sich in den amtlichen Wahlumschlägen schon Stimmzettel oder es lagen in den Wahllokalen Stimmzettel herum. An anderen Stellen wurden vielfach falsch gedruckte Stimmzettel ausgegeben, die keine Gültigkeit besaßen. Das Bundeskanzleramt ließ zu wiederholten Malen durch Radio vor diesen gefälschten Stimmzetteln warnen. Soweit Meldungen bisher vorlagen, war die Wahlbeteiligung fast überall gleich stark wie 1927, wo durchschnittlich 87 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne gingen, in einzelnen Orten aber bis zu 98 Prozent der Wähler ihre Wahlpflicht ausübten.

Wiedergewählte Parlamentarier.

Wien, 9. Nov. Von bekannten Christlich-Sozialen Nationalräten sind bisher wiedergewählt: Bundeskanzler Vaugoin, Außenminister Seipel, Unterrichtsminister Schmitz, Handelsminister Heinl, Landeshauptmann von Niederösterreich Buresch und die Nationalräte Dr. Kienböck, Dr. Kunschak und Drexel; von Sozialdemokraten Bürgermeister Seitz, Otto Bauer, Julius Deutsch, Glöckel, Danneberg und Leuthner; der ehemalige Bundeskanzler Dr. Schober ist wiedergewählt.

Die Beziehungen zur Tschechoslowakei.

Prag, 10. Nov. Bei der Beratung des Voranschlags des Handelsministeriums im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses führte Handelsminister Dr. Matouschek aus: Der Export nach Deutschland sinke und die Einfuhr aus Deutschland steige. Die frühere Aktivität des Außenhandels mit Deutschland, die noch 1927 etwa 400 Millionen betragen, sei in Passivität übergegangen, die von Jahr zu Jahr steige. Es drohe noch eine weitere Verschlechterung durch eine eventuelle weitere Erhöhung der Zölle in Deutschland. Bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge bestehe keine Aussicht auf eine Wendung. Im Gegenteil habe Deutschland bei dem Versuch, die Verhandlungen 1929 wieder aufzunehmen, die bisher angebotenen Zugeständnisse widerrufen.

Ein Zwischenfall mit dem Großflugzeug „G. 38" in Madrid.

Paris, 9. Nov. Havas meldet aus Madrid: Die Zeitungen berichten, daß der Unterstaatssekretär im spanischen Außenministerium sich gestern in die deutsche Botschaft begeben hat und dort eine Protestnote wegen des Briefes, den der deutsche Leiter des Riesenflugzeugs „G. 38" an den spanischen Fliegerhauptmann Franco gerichtet haben soll, überreicht habe.

Berlin, 9. Nov. Ueber den Vorgang in Madrid, der das Großflugzeug „G. 38" betrifft, wird von zuständiger Stelle das Folgende mitgeteilt: Ein Mitglied der Besatzung des Großflugzeuges „G. 38" hatte sich, offenbar in dem Bestreben, von dem bekannten spanischen Flieger Franco eine Empfehlung seines Flugzeuges zu erhalten, mit einem Schreiben an Franco gewandt. Er wählte dabei eine Form, die die spanische Regierung verstimmen mußte, offenbar weil er nicht bedachte, daß Franco wegen politischer Handlungen verfolgt wird. Durch Vermittlung der deutschen Botschaft in Madrid wurde der bedauerliche Vorfall beigelegt. Das Flugzeug ist inzwischen nach Lissabon gestartet.

Sportecke.

Fußball. Bezirksliga: Gruppe Württemberg: Stuttgarter Kickers — V. f. B. Stuttgart 0:2, F.C. Birkenfeld — Union Böckingen 1:2, Germania Brötzingen — F.V. Zuffenhausen 0:0.

Gruppe Baden: Sp.Vgg. Schramberg — F.C. Freiburg 5:0, F.C. Villingen — Phönix Karlsruhe 0:3, Karlsruher F.V. — F.V. Rastatt 5:1, Sportklub Freiburg — V. f. B. Karlsruhe 3:0.

Gruppe Nordbayern: F.C. Nürnberg — A.S.V. Nürnberg 4:0, Sp.Vgg. Fürth — V. f. R. Fürth 3:0, F.V. Würzburg — F.C. Bayreuth 1:1.

Gruppe Südbayern: 1860 München — V. f. B. Ingolstadt 6:1, Wacker München — Teutonia München 4:2, Jahn Regensburg — Bayern München 1:4, Schwaben Augsburg — D. S. V. München 2:0.

Kreisliga: Kreis Enz-Neckar: Ballspielklub Pforzheim — F.C. Eutingen 2:3, Sp.Vgg. Dillweißenstein — F.V. Nagold 3:0, F.C. Ersingen — F.C. Ispringen 6:2, Sp.Vgg. Mühlacker — V. f. R. Pforzheim 2:2 (abgebr.), F.C. Dietlingen — Viktoria Enzberg 5:1, F.V. Huchenfeld — F.C. Büchenbronn 4:3.

A-Klasse. In Kieselbronn unterlag der F.C. Calmbach gegen den dortigen Fußballklub mit 1:4 Toren. M.

Lotterieglück. Für 1 Mk. 60 000 Mk. zu gewinnen, ist gewiß eine Seltenheit. Garantiert nächsten Freitag, 21. und 22. November, findet die Geldlotterie für das Hygiene-Museum in Dresden statt. Höchstgewinn 60 000 Mk., 61 404 Geldgewinne. Die letzten Lose zu 1 Mk., 13 Lose 12 Mk. sind noch durch die bekannten Verkaufsstellen zu beziehen. Generalvertreter J. **Schweickert, Stuttgart,** Marktstr. 6 und Königstr. 1, Postscheckkonto Stuttgart 2055.

Verwunderlich. „Ich wundere mich wirklich, daß du diesem Spanier gestattet hast, dich zu küssen!" „Ich konnte mir doch nicht helfen!" „Wieso denn?" „Na, ich kann doch kein Spanisch!"

Zwangs-Versteigerung.

Am **Dienstag den 11. November 1930,** nachmittags 3 Uhr, versteigere ich in **Birkenfeld** öffentlich gegen Barzahlung

ein Mutterschwein.

Zusammenkunft am Rathaus.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Habe meinen Wohnsitz von Baden-Baden nach **Herrenalb-Gaistal,** Villa Stolzenfels, verlegt.

Otto Karch, Spagyriker (Heilkunde).

Sprechstunden: Wochentags von 9—11 Uhr vormittags, von ½3—6 Uhr nachm.
Sonntags von 9—12 Uhr vormittags.
Auf Wunsch komme ich auch ins Haus. D. O.

Größtental.
Verkaufe eine 32 Wochen trächtige

Kalbin.
Tausche auch gegen Einstellrind.
Gottlieb Weik Wtw.

Plakate:
Metzelsuppe
vorrätig in der
„Enztäler"-Druckerei

Birkenfeld.
Öffentlicher VORTRAG
mit Lichtbildern
am Dienstag den 11. Nov., abends 8 Uhr, im Saal des Gasthauses zum „Adler"
Tod — was dann?
Eintr. frei! Saal geheizt.

Für 1 Mark 60000 Mark

Ziehung garantiert 21.-22. Nov.
Dresdner Hygiene-Museum-
Geld-Lotterie
61 404 Geldgewinne Mark:
160000
Hörnat- und Hauptgewinne Mark:
60000
30000
20000
Lose zu 1 M. 13 Lose 12 M. Porto und Liste 30 Pfg.
Glückstaschen mit 5 Losen franko mit Liste zur 5 Mark
J. Schweickert, Stuttgart
Marktstraße 6 und Königstraße 1
Teleph. 24090. Postscheckkto. 2055
Hier in allen Verkaufsstellen.

In Neuenbürg bei: C. Göckelmann, in Calmbach bei: Schuhmacher, Friseur.

Unsere Methode der
Bruch-Heilung
Hermes
nach längst anerkannten, aber allgemein immer noch stark vernachlässigten Grundsätzen, hat gute Heilerfolge aufzuweisen, wo andere Heilmittel versagten. Patente im In- und Auslande, Referenzen, Auskunft pp. brieflich kostenlos gegen doppeltes Rückporto.
Unser Vertrauensarzt erwartet Sie zur Untersuchung und genauesten Unterweisung in der Sprechstunde:
Pforzheim: Donnerstag, 13. November, vorm. 9—1 Uhr, **Hansa-Hotel.**
„Hermes" Aerztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlung G. m. b. H., **Hamburg,** Esplanade 6.

SIE BRAUCHEN
Empfehlungsschreiben
Wertbriefe
Rundschreiben
Preislisten
Einladungen
Programme
und dergleichen
Drucksachen mehr
Wenden Sie sich an die „Enztäler"-Druckerei.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw